

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/9744, 19/10418, 19/10661 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 6. Februar 2019
zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt
der Republik Nordmazedonien**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des östlichen Militärbündnisses Warschauer Pakt hatten viele Menschen in Europa die Hoffnung, dass sich auch das westliche Militärbündnis NATO auflösen und dass ein gemeinsames Haus Europa aufgebaut würde. Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Selbst die Zusagen, die im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses an Russland gegeben worden waren, die NATO nicht in Richtung Russland auszudehnen, wurden gebrochen. Seither sind 13 mitteleuropäische Staaten in die NATO eingetreten. Damit ist die NATO territorial näher an Russland herangerückt. Dies und die Aufrüstung der letzten Jahre sowie die zunehmende Infragestellung bestehender Abrüstungs- und Rüstungskontrollregimes, etwa die Aufkündigung des INF-Vertrags, haben die Kriegsgefahr in Europa wachsen lassen.

Im 70. Jahr ihres Bestehens will die NATO mit Nordmazedonien ein weiteres Mitglied aufnehmen. Das entsprechende Protokoll wurde am 6.2.2019 durch die Bevollmächtigten der NATO-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Im Anschluss an den Ratifizierungsprozess soll die offizielle Einladung an Nordmazedonien zum NATO-Beitritt ausgesprochen werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Und das, obwohl ein entsprechendes Referendum in Nordmazedonien gescheitert war, in welchem die nordmazedonische Regierung die Abstimmung über die Vereinbarung mit Griechenland über den neuen Staatsnamen (Prespa-Abkommen) mit der Frage des EU- und NATO-Beitritts verknüpft hatte. Mit einer Beteiligung von lediglich 37% der Wahlberechtigten wurde das erforderliche Quorum von 50% klar verfehlt. Die Aufnahme Nordmazedoniens in die NATO spaltet die Gesellschaft des Landes und bedeutet ein weiteres Vorrücken des Militärbündnisses gegen Russland. Der Bundestag lehnt den NATO-Beitritt Nordmazedoniens ab.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihre Zustimmung zu dem Beitrittsprotokoll über den NATO-Beitritt Nordmazedoniens zurückzuziehen und sich im Nordatlantikrat gegen die Aufnahme Nordmazedoniens und gegen eine weitere Osterweiterung der NATO auszusprechen.

Berlin, den 4. Juni 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.